

Solarwirtschaft schon im Sommer bestätigte, das Problem tritt immer häufiger auf.

Und was macht ein Wirtschafts- und Klimaminister? Er fährt nach Südafrika und kümmert sich um Steinkohle, in Katar um Flüssiggas. Seine Aufgabe wäre es gewesen, das Problem zu erkennen und schnellere Lieferungen der modernen Zweirichtungszähler aus China zu verhandeln. Oder andere Hersteller zu finden. Oder eine Verordnung auf den Weg zu bringen, die ausnahmsweise sinnvoll wäre: Rückwärtslaufende Zähler sind vorübergehend erlaubt. Für sinnlose Dinge wie Gasumlagen-Entwürfe hatte er ja auch Zeit.

Falls ein Mathematiker im Wirtschafts- und Klimaministerium ausgerechnet hätte, das mit rückwärtslaufenden Zählern wäre ungerecht, meinetwegen 6 ct für das Finanzamt. Aber einfach bei Sonnenschein eine Anlage über Monate nicht in Betrieb nehmen, das ist das Schlimmste. Auch weil es den Mut derjenigen nimmt, die wir brauchen: private Hausbesitzer mit günstigem Dach.

In Diskussionforen schrieb ein User: „Im EEG Gesetz steht eindeutig, der Netzbetreiber hat PV-Anlagen unverzüglich in Betrieb zu nehmen. Unverzüglich heißt sofort. Tut er das nicht, dann schaltet man die Anlage ein. Ich wäre da sehr schmerzfrei. Im übrigen halte ich mich da ganz klar an Robert Habeck! Es zählt jede Kilowattstunde. ... Also nochmal. Anlagen einfach selbst in Betrieb nehmen. Keine Angst. Das Gesetz ist hier auf Seite der Einspeiser!“ Hat er nicht Recht?

Dr. Bernd Stiller

Warum gehen wir auf die Straße?

Für die Einen sind es immer noch die Corona-Maßnahmen bzw. deren Aufarbeitung, für die Anderen sind es Waffenlieferungen an die Ukraine oder die steigenden Energiepreise, wieder Andere sehen einen drohenden kulturellen Verlust durch die gendergerechte Sprache oder durch die Zuwanderung. So unterschiedlich also die Motive sein mögen, eines verbindet offensichtlich alle, und zwar ein Misstrauen gegenüber der Politik. Und nicht nur gegenüber der Politik, auch gegenüber den Medien, deren Berichterstattung zu den großen gesellschaftlichen Themen als gleichgeschaltet, einseitig und tendenziös wahrgenommen wird.

Darüber hinaus hält der Trend der Ideologisierung der Gesellschaft weiter an. Zweifelt man die Verhältnismäßigkeit der Corona-Maßnahmen an, ist man schnell AfD-nah, ein Covidiot oder Verschwörungstheoretiker, stellt man den menschengemachten Klimawandel in Frage, wird man zum Klima- oder Wissenschaftsleugner. Wer nicht linksgrün ist, ist rechts. Wir erleben vor diesem Hintergrund eine Einengung des Debattenraumes, was einen demokratischen Meinungsbildungsprozess nahezu unmöglich macht.

Allerdings ist weder das Misstrauen in die Politik noch Medienkritik oder die Ideologisierung der Gesellschaft etwas wirklich Neues. Bei genauerem Hinsehen erleben wir dies schon seit Jahrzehnten, ohne dass die Menschen deswegen so dauerhaft auf die Straße gegangen wären. Was also ist es, das die Menschen seit über zwei Jahren mit ab-

soluter Beständigkeit deutschlandweit auf die Straße treibt?

Zum einen ist es wohl die persönliche Betroffenheit, allem voran das persönliche Erleben, wie schnell unsere Grundrechte aufgehoben werden können. Dass hierfür nicht einmal eine wissenschaftliche Grundlage erforderlich ist. Zum anderen ist es die Erkenntnis, wie tief und fest sich globale Machtstrukturen aus der Wirtschafts- und Finanzwelt in der Politik und in den großen Medienanstalten verankert haben. Erstmals hat diese gesellschaftliche Fehlentwicklung die Menschen emotional erreicht, hat ihnen gezeigt, wie wenig stabil unsere Demokratie ist. Dies sind die Hauptgründe dafür, dass die Menschen immer noch regelmäßig auf die Straße gehen. Und sicher auch die Sorge, dass sich das Erlebte jederzeit wiederholen kann.

Folgt man den Ausführungen von investigativen Journalisten oder informiert man sich z.B. auf den offiziellen Seiten des Weltwirtschaftsforums, drängt sich einem der Gedanke auf, dass die globalen Eliten aus Wirtschaft und Politik ihre eigenen Pläne schmieden, wie es mit unserer Welt weitergehen soll. Ganz offen werden bereits die Einführung eines digitalen Impfpasses oder die Einführung von digitalem Zentralbankgeld diskutiert. Beides geeignete Instrumente, um die Menschen zu kontrollieren und zu überwachen. Algorithmen werden in Abhängigkeit vom Verhalten eines Menschen darüber entscheiden, ob jemand an sein Geld herankommt oder ob er vorübergehend gesperrt wird, da er sich nicht an bestimmte Regeln gehalten hat oder dem geltenden Moralkodex nicht entspricht. Wahlen und Parteien werden überflüssig, da gesellschaftliche Tendenzen und Wünsche der Menschen über die Algorithmen quasi in Echtzeit ermittelt werden und Politik und Wirtschaft also sowieso ständig über den Wählerwunsch informiert sind. Um zu diesem Ziel zu gelangen, spricht Klaus Schwab, Gründer des Weltwirtschaftsforums in seinem Buch „The Great Reset“ (deutsch: „Covid 19: der große Umbruch“) vom kreativen Zusammenbruch, der auf Pandemien und Kriege folgen soll. Gemeint ist der wirtschaftliche Zusammenbruch, gepaart mit politischer und sozialer Instabilität. Aus dieser Situation heraus soll dann die sogenannte Neue Weltordnung geschaffen werden. Schaut man sich die gegenwärtige Entwicklung in Deutschland und der Welt an, kann man meinen, wir sind auf gutem Wege dorthin.

Die meisten Menschen sehen diese Entwicklung aus den unterschiedlichsten Gründen allerdings nicht so. Nun ist es nach über zwei Jahren nicht sinnvoll, über diese Menschen von Schlafschafen zu reden, genauso wie es nicht sinnvoll ist, wenn die Corona-Maßnahmenkritiker als Covidioten oder Rechte bezeichnet werden. Beide Seiten haben Ihre Gründe für ihre Ansichten. Wichtig sollte also nur sein, miteinander vorurteilsfrei und respektvoll ins Gespräch zu kommen. Was

beide Sichtweisen trennt, ist lediglich der Umstand, dass sich der eine Teil der Menschen vorstellen kann, dass unsere Demokratien durch massive politische Einflussnahme von global agierenden, privat organisierten Netzwerkstrukturen unterwandert bzw. ausgehöhlt werden und der andere Teil dies eben nicht für möglich hält. Beide Seiten sollten ein Interesse daran haben, sich dieser Fragestellung zu nähern. Denn die Beantwortung dieser Fragestellung ist von gesamtgesellschaftlichem Interesse. Es geht dabei um nicht mehr und nicht weniger als um die Überprüfung unserer Demokratie.

Dieser Brief soll nicht der Versuch sein, Menschen für die hier geschilderte gesellschaftliche Einschätzung zu gewinnen oder gar zu überzeugen. Er soll Menschen, die die hier geschilderten Wahrnehmungen teilen, ermutigen, sich stärker für einen gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr menschlichem Miteinander zu engagieren. Oft hört man: „Was können wir schon tun?“ Aber diese Resignationshaltung führt unweigerlich dazu, den Plänen der globalen Eliten Vorschub zu leisten. Es ist wichtig, dass diese Pläne in das gesellschaftliche Bewusstsein gelangen und so, wie es einer Demokratie würdig sein sollte, auf gesellschaftlicher Ebene diskutiert werden. Vielleicht sind diese Pläne sogar gut, vielleicht ist es sogar gut, wenn die Menschen über das Instrument des digitalen Zentralbankgeldes überwacht und gesteuert werden. Am Ende wird die Frage zu klären sein: „Ist der Mensch im Grunde gut oder schlecht?“. Ist er schlecht, und die globalen Eliten scheinen dies für sich so erkannt zu haben, dann ist es vielleicht richtig, wenn er mittels Überwachung vor sich selbst geschützt wird. Aber vielleicht ist er im Grunde gut und nur die äußeren Rahmenbedingungen lassen ihn oft so handeln, dass er den Anschein erweckt, schlecht zu sein.

Es bedarf einer größeren Menge von Menschen, die den gesellschaftlichen Diskurs zu diesen Fragestellungen einfordern. Die Montagsspaziergänge und auch die überall stattfindenden Demonstrationen sind hierbei wichtige Signale, um vorerst nur zu zeigen: Wir sind unzufrieden mit der Politik! Und wir sind viele! Konkrete Forderungen wie z.B. Politikerhaftung, Bargeld-erhalt oder Vetorecht bei wichtigen Entscheidungen können und sollten formuliert werden. Noch wichtiger für den Augenblick ist es jedoch zu zeigen, dass wir viele sind. Und trotzdem werden wir ja sichtbar. Lieber kümmert man sich um die Probleme im Iran. Bei uns ist alles gut. Es kommt hier also auf jeden Einzelnen an, hier sollte sich jeder, der die Aussagen in diesem Brief teilt, einbringen, und sei es „nur“ durch die Anwesenheit bei den Spaziergängen!

Vorausgesetzt, die derzeitige gesellschaftliche Entwicklung folgt tatsächlich einem übergeordneten Plan, ist die Resignation der sichere Weg in die zuvor geschilderte Richtung. Ein Engagement hingegen birgt die Chance auf

Abwendung dieser undemokratischen Entwicklung!

Oliv r Haase

Aufarbeitung der Coronapolitik

– An alle Mitglieder des Deutschen Bundestages –
Aufhebung und Rückabwicklung staatlicher Repressalien während der Coronakrise
Sehr geehrte Bundestagsabgeordnete, bisher haben nur wenige Verantwortliche der deutschen Corona-Politik Fehler eingeräumt.

Der Ruf nach Aufarbeitung der offensichtlichen Verfehlungen wird täglich lauter, viele Schäden lassen sich nicht mehr kleinreden oder gar vertuschen. Einer, der die Verantwortungs-Frage stellt, ist der Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki. Er fordert die Rolle der Medien und des RKI kritisch zu beleuchten und die politische Krise parlamentarisch aufzuarbeiten.

Als Rat für ethische Aufklärung im Land Brandenburg fordern wir Sie hiermit ausdrücklich auf, die Zeichen der Zeit zu erkennen und im Rahmen Ihrer Möglichkeiten Gesetzesinitiativen und durch parteipolitische und ressourcenpolitische Einflussnahmen im Sinne der Aufhebung und Rückabwicklung politischer Fehlentscheidungen zu agieren.

In einem ersten Schritt wäre eine bundesweite Regelung zur automatischen (antragslosen) Rückzahlung rechtswidrig verhängter Bußgelder im Zuge der Corona-Maßnahmen angemessen und sinnvoll.

Allein die Brandenburger Landkreise verhängten nach Angaben der Landesregierung von März 2020 bis Oktober 2022 Bußgelder in Höhe von fast 2,5 Millionen Euro, basierend auf häufig geänderten, rechtlich äußerst fragwürdigen, aber stets bußgeldbewährten Verordnungen.

Aus der Presse ist aktuell zu entnehmen, dass das Bundesland Bayern derzeit die Rückzahlung rechtswidrig verhängter Bußgelder (auf Antrag) vorbereitet. Vorausgegangen war die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 22. November 2022, Az.: BVerwG 3 CN 2.21, wonach die strengen Ausgangsbeschränkungen der Verordnung des Freistaats Bayern unverhältnismäßig und unwirksam waren.

Das Urteil dürfte erst der Anfang der begonnenen Aufarbeitung der letzten knappen drei Jahre Coronamaßnahmenpolitik sein, weitere Urteile gegen die Rechtmäßigkeit verhängter grund- und freiheitsrechtlicher Beschränkungen sind allein aufgrund der fehlenden wissenschaftlichen Evidenz der verhängten Maßnahmen zu erwarten.

Auch die im Zusammenhang mit der Maßnahmendurchsetzung zu beobachtende politische Einflussnahme auf Staatsanwaltschaften, die sich durch drastische Verfolgungen und Ahndungen der Coronaregelverordnungen auszeichnete, schwindet zusehends und wird aller Voraussicht nach zu juristisch-objektiven Urteilsfindungen führen.

Parallel dazu sollte die Abschaffung der immer noch bestehenden Impfpflicht innerhalb der Bundeswehr und die Rückzahlung verhängter Bußgelder in Bezug auf die einrichtungsbezogene Impfpflicht gem. § 20a IfSG erfolgen.

bitte blättern Sie um!

Grundgesetz Artikel 5 (1)

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Jeder hat das Recht, einen Leserbrief zu schreiben: info@hauke-verlag.de

weiter von der vorigen Seite

Die Sinnlosigkeit der einrichtungsbezogenen Impfpflicht, die selbst Gesundheitsminister Karl Lauterbach endlich zugeben musste, führte zu deren Aufhebung ab dem 01.01.2023. Nicht jedoch für Soldaten der Bundeswehr, für diese gilt immer noch die Pflicht, sich mit Wirkstoffen, die weder eine Übertragung, noch eine Ansteckung verhindern und zudem unter Umständen höchst gefährliche Nebenwirkungen hervorrufen, spritzen zu lassen!

Die ordnungspolitischen Auswirkungen dieser berufsbezogenen Impfpflichten in Form von Betretungs- und Berufsverboten, gepaart mit Bußgeldern stellen tiefgreifende Grundrechtseinschränkungen mit totalitärem Charakter dar. Hier sind Sie als Abgeordnete gefragt, sich den längst offenliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht länger zu verschließen, indem Sie direkt tätig werden und bundeseinheitliche Regelungen für Aufhebung und Rücknahme staatlicher Repressalien auf den Weg zu bringen.

Fakt ist, dass – mit wenigen Ausnahmen – der Rest Europas keine Maßnahmen mehr hat. Wenn Verordnungen und Gesetze ohne rationale Begründung und Verhältnismäßigkeit durchgesetzt werden, besteht die Gefahr, dass dies auch in Zukunft geschieht. Denn fehlt eine rationale und verhältnismäßige Begründung, können jegliche autoritäre Maßnahmen, wie z.B. Impfstatus entscheidet über Grundrechte, gerechtfertigt werden. In diesem Fall sprechen wir dann nicht nur von Unverhältnismäßigkeit und ethisch fragwürdigen Regeln, sondern über verfassungswidrige Eingriffe.

Das dürfen wir, das dürfen Sie als unsere Abgeordnete nicht zulassen! Sie sind in der Verantwortung, die gemachten Fehler und entstandenen Kollateralschäden gründlich aufzuarbeiten und damit verlorenes Vertrauen wiederaufzubauen. Die beiden hier angeführten Vorschläge sind keinesfalls bindend oder abschließend.

Ihrer geschätzten Antwort sehen wir noch im Jahr 2022 entgegen und bedanken uns im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Rat für ethische Aufklärung
Kathrin Ruttloff, Hildegard Vera
Kaethner, Roald Hitzer, Ralf Lorenz

**Lachnummer
der Welt**

Sehr geehrter Herr Hauke, was ist nur aus Deutschland geworden? Wir haben keine Ordnung, Disziplin, Anstand und Ehre mehr.

Nicht nur, dass wir uns überall einmischen – andere Länder, Sitten und Gebräuche, nichts wird von uns anerkannt. Denkt an „Afghanistan“: erst der Amerikaner, dann der Deutsche! Sie haben überstürzt nach Jahren das Land verlassen, einfach erbärmlich!

Zu Frau Baerbock habe ich eine ganz schlechte Meinung. Sie verschenkt 60 Millionen, ohne uns zu fragen. Sie ist dem deutschen Volk verpflichtet! Früher hielt sie eine weiße Taube in ihren Händen, heute ist sie für Waffen! Sie mischt sich in die Belange anderer Völker ein und droht mit Konsequenzen! Für dieses schwere Amt ist sie nicht geeignet. Auch sie wird in vier Jahren verschwunden sein!

Zu dem Schauspieler Selenskyj! Wer

kontrolliert ihn? Wo bleibt das viele Geld? Wer hat die Rakete Richtung Polen gefeuert? Wer klärt die Erschießung der acht Russen, die auf dem Bauch liegend in der Ukraine erschossen wurden? Dieser Mann will sich gar nicht mit Putin an einen Tisch setzen, er benimmt sich wie ein bockiges Kind! Durch die Waffen und das Geld, die wir Deutschen in die Ukraine liefern, sind wir mit am Tod der Ukrainer und Russen schuld.

Für mich wird alles immer undurchsichtiger. Die ukrainischen Flüchtlinge bekommen Wohnungen, Essen, medizinische Betreuung und Geld zum Leben! Es ist eine Schraube ohne Ende... Wer denkt an die deutsche Bevölkerung? Kein Wunder, dass Putin von Deutschland enttäuscht ist. Die Regierung muss endlich lernen, sich nicht überall einzumischen und Geld zu verschenken!

Ihre Aufgabe ist es, für die deutsche Bevölkerung da zu sein. Das Gleiche gilt auch für die EU. Wir sind die Lachnummer der Welt geworden!

So habe ich mir die Einigung nicht vorgestellt. Soll Deutschland in den Ruin getrieben werden?

Jetzt habe ich verstanden, was der Sozialismus und was der Kapitalismus aus uns gemacht hat.

Unser neues Schlagwort: Vorwärts nimmer! Rückwärts immer!

Waltraud Rüdiger

Vergebung

Liebe Leser,

„In dem ich vergebe, werde ich frei.“ Das habe ich am Ende meines letzten Leserbriefes geschrieben. Vielleicht für manche ein wenig provokant. Da ich glaube, dass die Notwendigkeit zur Vergebung gerade in der jetzigen Zeit besonders in den Fokus rückt, hier eine kleine Erläuterung:

Wenn ich der Meinung bin, dass sich jemand an mir „schuld“ gemacht hat (und bitte verstehen Sie mich da nicht falsch, ich möchte hier nichts verharmlosen!), dann gehe ich eine tiefe Verbindung mit diesem Menschen ein, ob ich will oder nicht. Vielleicht können Sie das spüren: Derjenige hängt an mir dran, ich fühle mich besetzt, hänge gar von ihm ab. ICH bin in diesem Moment unfrei, obwohl ja der Andere „Schuld“ hat. Das ist eigentlich ein ganz simpler Zusammenhang. Natürlich kann ich mich moralisch auf die Position stellen zu sagen, der Andere, der „Schuldige“ verursacht diese Wirkung. Und ich kann fordern, er müsse seine Tat wieder rückgängig machen oder entschuldigen. Aber in genau diesem Moment zementiere ich meine eigene Machtlosigkeit. Natürlich kann ich meine Forderung moralisch rechtfertigen, aber was bringt mir das? Welchen Menschen kann ich in diesem Leben dazu bringen, etwas an sich zu ändern? Doch wohl nur einen, oder? Mich selbst! Und das ist der Knackpunkt!

Ich kann mich ein Leben lang hinstellen, trotzen und fordern, der Andere müsse sich für das begangene Unrecht zumindest entschuldigen. Was streng genommen gar nicht geht, da man sich moralisch gesehen gar nicht selbst entschuldigen kann. Aber er könnte ja um Verzeihung bitten, das geht.

Wenn er das aber verweigert? Wie geht es mir damit? Kann ich da zu meinem Frieden finden? Ich glaube nicht. Mir geht es weiterhin schlecht beim Gedanken an diesen Menschen. Dem

betreffenden Menschen vielleicht auch, aber das ist ja nur ein schwacher Trost, oder?

Was also kann ich tun, damit es mir wieder besser geht? (Falls ich das möchte). Ich kann vom Opfer zum Täter werden. Nein, bitte nicht falsch verstehen, nicht im Sinne von Vergeltung! Ich kann kraft meines freien Willens in die Vergebung gehen. Das ist etwas, das ich tun kann, also bin ich der Täter. Und ich kann mich so befreien von einer Abhängigkeit zu dem Menschen, der mir oder meinen Liebsten etwas angetan hat, was geschadet hat. Ich kann mich tatsächlich lösen von einer Verbindung, welche ich eigentlich gar nicht will und die nur besteht, weil man mir etwas Schädliches angetan hat.

Und wie soll das gehen?

Nun, ich könnte zuerst einmal versuchen, mir zu überlegen, warum der „Täter“ getan hat, was er getan hat. Ich kann versuchen, mich in diesen hinein zu versetzen, auch wenn es vielleicht schwer fallen mag. Jeder hat Gründe für sein Handeln. Oft ist es Schwachheit, zu wenig erhaltene Liebe, manchmal sogar selbst erlittene Traumata. Vielleicht wissen wir nicht, was den Täter zu seiner Tat getrieben hat, aber wir können versuchen, es zu errahnen. Und indem wir uns damit beschäftigen, erinnern wir uns vielleicht an unsere eigenen Taten, die so nicht ganz in Ordnung waren. Und wir können uns fragen, warum wir das so und nicht anders getan haben. So können wir zu einem ersten Verständnis gelangen. Und daraus kann ein heilender Impuls entstehen, wenn wir das Thema weiter verfolgen.

Sie merken schon, ich mache hier gerade einen kleinen Ausflug in die Traumabarbeitung, obwohl ich hier „nur“ mit persönlichen Erfahrungen und keineswegs mit einer „professionellen“ Ausbildung aufwarten kann. Aber so wie das im „Kleinen“, in unserem ganz privaten Leben vorkommt, passiert es auch im Großen. Viele Politiker, „Fachleute“, Medienmenschen, usw. haben in den vergangenen knapp drei Jahren viel „Schuld“ auf sich geladen. Was sollen wir jetzt mit ihnen machen? (Wenn sie das überhaupt mit sich machen lassen...) Sollen wir sie als Hexen verbrennen, wie unter Adolf an die Wand stellen oder lebenslang einsperren auf Kosten der Allgemeinheit??? Wer hat wie viel „Schuld“ auf sich geladen, was wiegt wie schwer, wer will hier richten? Ich habe das in meinem letzten Brief bereits angedeutet. Einer der für mich philosophisch wichtigsten Sätze aus der Bibel lautet: „Wer ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein.“ Ist da wer?

Ich war im November bei einem wundervollen Vortrag von Daniele Ganser in Falkensee. Er bietet als Lösung für dieses Problem das Konzept der Menschheitsfamilie an. Und fragt im Scherz: „Und Annalena Baerbock?“ Der ganze Saal lacht betroffen. Ja, auch sie ist Teil unserer Familie! Wir alle gehören dazu, wir sind alle Geschöpfe Gottes, egal welches Geschlecht, welche Hautfarbe, welche politische Orientierung oder welche Fehler wir alle in unserem Leben bereits begangen haben. ALLE! Das ist eine knallharte Aussage in ihrer Konsequenz. Aber wo wäre die Lösung sonst?

PS: Um Missverständnisse zu vermeiden: Auch mir fällt das Vergeben natürlich trotz aller Erkenntnis schwer. Aber Erkenntnis ist der Anfang!

Christoph Roth

**Ärzte wurden
eingeschüchtert und
kriminalisiert**

Allmählich wird es ruhig um Corona. Stattdessen ist – wie Phönix aus der Asche – die seit zwei Jahren verschollene Grippe wieder aufgestanden. Möchte man Corona bzw. die mit der davor schützen sollenden „Impfung“ verbundenen Nebenwirkungen und Todesfälle vergessen machen?

Viele Menschen haben sich aus den verschiedensten Gründen mit der neuartigen, damals nur bedingt zugelassenen gentechnischen mRNA-Substanz behandeln lassen: einige aus Angst vor dem Virus; andere aus der von den Regierenden verordneten „Solidarität“. Auch die Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes und damit die Existenz brachte manchen an die „rettende“ Nadel – ebenso die Hoffnung, das freie und unbeschwerte „alte Leben“ zurückzubekommen. Und was ist von alledem geblieben? Nicht nur die – wegen unterschiedlicher Meinungen zu Corona und der Gen-Spritze – zerbrochenen Freundschaften und Familien; nein, leider auch viele bleibende gesundheitliche Schäden, für die sich die Verantwortlichen in Berlin und Brüssel zuständig fühlen müssten. Manchmal fragt man sich, in welchem Interesse diese Personen handeln. Im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung? Davon können die von diversen Nebenwirkungen Betroffenen „ein Liedchen singen“. Sie fühlen sich zumeist im Stich gelassen.

Viel Leid hätte verhindert werden können, wenn man die Menschen umfassend über die neuartigen „Impfstoffe“ aufgeklärt hätte – angefangen von der Bedingtheit der Zulassung über die den Pharma-Konzernen (und vermutlich auch einigen Politikern) durchaus bekannten Nebenwirkungen bis hin zur Haftungsfreistellung der Hersteller.

Die Ärzte, die – nicht zu Unrecht – den Versprechungen der Pharma-Konzerne bezüglich Wirksamkeit und Verträglichkeit der „Impfstoffe“ nicht trauten, wurden verunglimpft, eingeschüchtert, in ihrer Existenz bedroht und kriminalisiert – ebenso alle mutigen Menschen, die dem gebetsmühlenartig in allen Medien verkündeten Narrativ, die „Impfstoffe“ seien wirksam und sicher, widersprachen. Dabei hatte doch der RKI-Chef bereits im Herbst 2020 schon einschränkend gesagt: „Wir werden bald einen Impfstoff haben. Wir wissen nicht, WIE er wirkt, WAS er bewirkt und WIE LANGE er wirkt.“ Kommentieren muss man diese Aussage nicht. Sie spricht für sich.

Auch der damalige Gesundheitsminister Jens Spahn ließ mit „Wir werden uns viel zu verzeihen haben“ durchaus Zweifel errahnen.

Namhafte Wissenschaftler und Mediziner warteten von Anfang an vor möglichen Gefahren der neuartigen Substanzen für das Immunsystem, doch diese Warnungen waren seitens der Profiteure der „Impfkampagne“ nicht erwünscht und wurden in den Mainstream-Medien massiv unterdrückt. Das Ergebnis dieser Ignoranz wird nun immer mehr offenbar.

Dazu fällt mir aus meiner Schulzeit die Fabel vom Adler und dem Maulwurf des großen Fabeldichters Krylow ein. Der Adler ignorierte die warnenden